



Argumentarium: «Volksinitiative für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen»

09.01.2025

Abstimmung vom 9. Februar 2025 über die Umweltverantwortungsinitiative

- **Bundesrat und Parlament gewichten den Umweltschutz seit Jahrzehnten hoch.**
- **Der Bundesrat anerkennt, dass die natürlichen Ressourcen geschont werden müssen. Der Ansatz der Umweltverantwortungsinitiative geht ihm aber zu weit.**
- **Die Initiative hätte einschneidende Folgen für den Lebensstil der Bevölkerung und für die Wirtschaft.**

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative insbesondere aus folgenden Gründen ab:

Vorschriften, Verbote und Einschränkungen

Die Initiative hätte einschneidende Eingriffe in den Lebensstil der Bevölkerung zur Folge. Bund und Kantone müssten den Konsum rasch mit weitreichenden Vorschriften, Verboten, Anreizen und anderen Massnahmen einschränken. Diese Vorschriften und Verbote würden nicht nur den Kauf neuer Geräte oder Kleider betreffen, sondern auch die Art, wie wir wohnen, essen, uns fortbewegen oder unsere Freizeit und Ferien gestalten. Es müsste auf vieles verzichtet werden, was heute zum gewohnten Lebensstandard in der Schweiz gehört.

Schwächung des Wirtschaftsstandorts

Die Initiative könnte den Wirtschaftsstandort Schweiz spürbar schwächen. Viele Unternehmen müssten ihre Produktion anpassen oder könnten gewisse Produkte unter

Umständen nicht mehr herstellen. Es bestünde das Risiko, dass der Schweizer Absatzmarkt unattraktiver würde und Firmen ins Ausland abwanderten. So könnten auch Arbeitsplätze verloren gehen, und die Position der Schweiz als Handelspartnerin würde geschwächt.

Soziale Unverträglichkeit

Die Initiative würde zahlreiche Produkte des täglichen Lebens verteuern. Dies würde besonders Personen mit tieferen Einkommen belasten. Es wäre kaum möglich, solche Folgen ohne hohe Belastung der öffentlichen Finanzen abzufedern. Die Forderung der Initiative nach Sozialverträglichkeit wäre daher schwierig umzusetzen.

Zu kurze Frist

Da für die Umsetzung der Initiative nur zehn Jahre gewährt werden, müssten rasch viele Massnahmen beschlossen werden. In dieser kurzen Zeit wäre es schwierig, mehrheitsfähige und zielführende Lösungen zu erarbeiten.

International abgestimmtes Vorgehen

Die Schweiz setzt sich im Rahmen von internationalen Vereinbarungen für ein weltweit abgestimmtes Vorgehen zum Schutz von Umwelt und Klima ein. Dieser Weg hat sich bewährt. Ein Alleingang der Schweiz beim Konsumverzicht hätte kaum Auswirkungen auf die globale Umweltsituation. Zudem enthält die Bundesverfassung bereits ausgewogene Bestimmungen zur Förderung der Nachhaltigkeit.